Pressekonferenz vom 22. Juni 2015 / Redetext

**Entwicklung der Managerlöhne noch immer nicht gebremst**

**Seit über 10 Jahren verfolgt und analysiert Travail.Suisse die Entwicklung der Managerlöhne in den grössten Unternehmen der Schweiz, ebenso wie die Kluft zwischen den höchsten und den tiefsten Löhnen.**

Jacques-André Maire, Vize-Präsident Travail.Suisse

Die im laufenden Jahr durchgeführte Befragung zeigt gewisse markante Trends:

* **Trotz der deutlichen Annahme der Minder-Initiative konnte der Lohnanstieg bei den Topmanagern nicht gebremst werden.**

Vielmehr ist das durchschnittliche Salär der Geschäftsleitungsmitglieder in den meisten Grossunternehmen weiter gewachsen. Die Anwendungsbestimmungen der Initiative übertragen den Aktionären die Verantwortung für die Festlegung der Managerlöhne. Die aktuelle Entwicklung zeigt jedoch, dass bei den Aktionären kein echter Wille besteht, die Saläre der Führungskräfte zu plafonieren. Häufig begnügen sich die Aktionäre mit Massnahmen zur Beschränkung des Fixlohnes, womit der leistungsabhängige, variable Vergütungsanteil weiter wachsen kann, oder sie umgehen das Kontrollsystem, indem sie Managern separat vergütete Zusatzmandate übertragen.

* **Die Kluft zwischen den höchsten und den tiefsten Löhnen innerhalb der Unternehmen ist nach wie vor riesig.**

In mehreren Chemie- oder Lebensmittelkonzernen und in Grossbanken (UBS, CS) sowie Industrieunternehmen (siehe Anhang 1) beträgt das Gefälle häufig 1:100, in den schlimmsten Fällen sogar über 1:200. Solche enormen Lohnunterschiede stehen in keinem Verhältnis zum realen Wert der erbrachten Arbeit! Wie wollen Sie einem Arbeitnehmenden erklären, dass er ein Dreivierteljahr (von Januar bis Ende September) arbeiten muss, um gleich viel zu verdienen wie der Chef seiner Firma an einem einzigen Tag?

**Die aktuelle Entwicklung birgt Gefahren**

Wir laufen Gefahr, dass die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, die Ja zur Minder-Initiative gesagt haben, jegliches Vertrauen in die Wirtschaftswelt und möglicherweise auch in unser politisches System verliert. Eine solche Vertrauenskrise kann schwerwiegende Folgen haben. Mit der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative am 9. Februar 2014 signalisierte die Bevölkerung unmissverständlich, dass sie unter gewissen Umständen zu extremen oder populistischen Massnahmen bereit ist, ohne an die schädlichen Folgen zu denken, die damit für unsere Wirtschaft und unsere Beziehungen zu anderen Ländern verbunden sind. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung ist mit der Geduld am Ende und will, dass sich etwas ändert!

**Wie lässt sich das Vertrauen zurückgewinnen?**

Travail.Suisse verlangt **mehr Transparenz** insbesondere bei den Steuern, die Bezüger exorbitanter Löhnen zahlen. Deshalb haben wir im Nationalrat eine entsprechende Motion eingereicht. Die Ausgestaltung des schweizerischen Steuersystems basiert auf einem progressiven Ansatz, damit hohe Einkommen einen grösseren Beitrag an die Steuereinnahmen leisten. Unablässig wird betont, dass Grossverdiener einen wesentlichen Teil zu den Steuereinnahmen der Gemeinwesen beitragen. Im Einzelfall bestehen jedoch diverse Möglichkeiten, die Steuerbelastung auch bei einem hohen Einkommen gering zu halten. Wenn ab einem bestimmten Einkommensniveau die Steuertransparenz verbessert würde, beispielsweise am Ende der Progressionsgrenze für die direkte Bundessteuer (steuerbares Einkommen von 755'200 Franken für Ledige bzw. 895'800 Franken für verheiratete Paare und Einelternfamilien), würde auch transparent, wie viel die Top-Manager tatsächlich versteuern. Dann könnte besser eingeschätzt werden, wie stark die Allgemeinheit von diesen hohen Vergütungen profitiert.

Leider empfiehlt der Bundesrat diese Motion zur Ablehnung, indem er sich hinter dem Steuergeheimnis versteckt! Bei der diesjährigen Lohnbefragung versuchte Travail.Suisse, Angaben zur Besteuerung der Top-Manager einzuholen.

* Ein Drittel der Unternehmen lehnte es ausdrücklich ab, Angaben zu machen.
* Die beiden anderen Drittel beantworteten die Frage nicht.

Der einzige Weg zu mehr Transparenz führt deshalb über einen politischen Entscheid.

Die **Aufgabe des Euro-Mindestkurses** hat besorgniserregende Folgen insbesondere für die Exportindustrie, Zulieferbetriebe und den Tourismus. Hunderte von Stellen wurden bereits abgebaut, weitere werden folgen. Gleichzeitig schrumpfen die Gewinnmargen der betroffenen Unternehmen massiv. In diesem Umfeld machen sich die Arbeitnehmenden Sorgen um ihren Arbeitsplatz und ihren Lohn. Denn zahlreiche Arbeitgeber drohen mit Kündigungen oder Lohnkürzungen. **Travail.Suisse fordert, dass die Arbeitnehmenden, und insbesondere ältere Arbeitnehmende, wirksam vor Kündigungen geschützt werden und die Mindestlöhne durch Gesamtarbeitsverträge garantiert werden**, die einen differenzierten Ansatz nach Branche und Region ermöglichen.

**Die Unternehmenssteuerreform III** (USR III) dürfte gesamtschweizerisch sehr bedeutende Steuerausfälle nach sich ziehen: Es wird mit Einbussen von mehreren Milliarden Franken für die öffentliche Hand gerechnet! Verstärkt wird dieser Trend zweifellos durch den unerbittlichen Steuerwettbewerb, den sich die Kantone liefern werden. Die damit verbundenen absehbaren Sparprogramme werden unweigerlich auf Kosten der Bevölkerung gehen und die Lebensbedingungen weniger privilegierter Bevölkerungsgruppen spürbar beeinträchtigen. Zur Beschränkung der negativen Auswirkungen der USR III **verlangen wir, dass für alle Kantone ein Mindeststeuersatz festgelegt wird, beispielsweise in der Höhe von 15% bis 17%!**